

Aktuelle Meldungen aus den Bereichen Steuerpolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Europapolitik und Management. 25. Mai 2009

□ **Europa** | Arbeitszeitrichtlinie gescheitert *mehr ...* □ **Bundestagswahl** | Was wird aus der PKV? *mehr ...* □ **Arbeitsmarkt** | Vorschläge für eine Flankierung der Konjunkturpakete *mehr ...* □ **Intern** | Frühlingsfest des Deutschen Führungskräfteverbandes *mehr ...*

## □ Europa

### Arbeitszeitrichtlinie gescheitert, Arbeitszeitsouveränität vorerst ungefährdet

*Dauerstreit zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament schwelt weiter*

In der *Ausgabe 1/2009* dieses Informationsdienstes haben wir über die geplante Reform der europäischen Arbeitszeitrichtlinie berichtet. Im April ist das Vermittlungsverfahren zwischen Europäischem Rat und Parlament endgültig gescheitert. Die Gefahr einer Einbeziehung der leitenden Angestellten in das Arbeitszeitgesetz ist damit vorerst abgewendet. Die rechtliche Grundlage für die bei ihnen weithin praktizierte Arbeitszeitsouveränität ist nicht gefährdet.

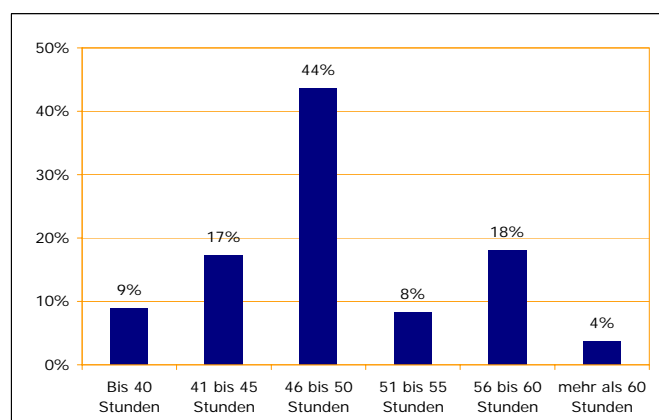
#### Der Hintergrund

Das Europäische Parlament hatte neben einer Fülle von teilweise gut begründeten Vorschlägen für einen besseren Schutz von Arbeitnehmern gefordert, den Kreis der Führungskräfte, die aus dem Geltungsbereich der nationalen Arbeitszeitgesetze ausgenommen werden können, drastisch zu verkleinern. Hätte sich das Parlament durchgesetzt, wären mit Ausnahmen von Vorstandsmitgliedern, Geschäftsführern und der von ihnen unmittelbar ernannten ersten Führungsebene alle Leitende Angestellte in die nationalen Arbeitszeitgesetze einbezogen worden.

#### Ausblick

Für Entwarnung besteht kein Anlass. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass es schon bald nach der Europawahl zu einer erneuten Reforminitiative kommt. Dann dürfte es zwar erneut hilfreich sein, dass die Bundesregierung keinerlei Interesse an einer Änderung der derzeitigen Rechtslage für Führungskräfte hat.

Die Sonderproblematik der Leitenden Angestellten ist in der Reformdiskussion aber nur ein Randthema. Viel bedeutender sind etwa Forderungen nach der Anerkennung von Bereitschaftszeit als Arbeitszeit oder der Wunsch einzelner Mitgliedstaaten nach großzügigen Ausnahmeregelungen von Höchstarbeitsgrenzen.



*Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der in Vollzeit berufstätigen Führungskräfte aus den ULA-Mitgliedsverbänden (Quelle: Führungskräftestudie 2007)*

Der Europäische Dachverband der Führungskräfte CEC - European Managers und der Deutsche Führungskräfteverband ULA werden daher weiterhin Sorge tragen, dass die Sonderregelung für Leitende Angestellte nicht als Teil eines größeren Kompromisspaketes "wegverhandelt" wird.

## □ Bundestagswahl

### Was wird aus der privaten Krankenversicherung nach der Wahl?

#### *Die Krankenversicherung in Deutschland steht vor einem grundlegenden Wandel*

Blickt man auf das deutsche Gesundheitssystem, geht es einem ein bisschen wie dem Protagonisten des Films "Und täglich grüßt das Murmeltier": Man wacht auf und denkt sich, dass man das alles doch genauso schon einmal erlebt hat. In der kommenden Legislaturperiode wird es wohl die private Krankenversicherung sein, die sich mit einem sehr veränderten Umfeld auseinandersetzen muss. Die Grundlagen dafür hat die große Koalition mit ihrer Gesundheitsreform geschaffen.

#### *Die Ausgangssituation*

Anders als in fast allen anderen Staaten existiert hierzulande nicht ein einziger öffentlicher Versicherungsträger. Vielmehr teilen sich zwei Akteure die Verantwortung für die Absicherung der Bevölkerung gegen das Krankheitsrisiko.

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) versichert abhängig Beschäftigte, ihre nicht erwerbstätigen Angehörigen und Kinder sowie Rentner. Beamte, Selbstständige und aus der GKV gewechselte Arbeitnehmer mit einem Einkommen, das dauerhaft oberhalb der Versicherungspflichtgrenze von im Jahr 2009 48.600 Euro liegt, sind in der privaten Krankenversicherung (PKV) abgesichert.

Die letzte Gesundheitsreform hat heftiger als je zuvor an den Säulen des Systems gerüttelt, sie aber letztlich intakt gelassen. Dennoch könnte schon in der nächsten Legislaturperiode die Entscheidung fallen, ob auch Deutschland auf den Pfad einer einheitlichen Basisversicherung einschwenken wird.

#### *Was bisher geschah ....*

Zwar ist es der SPD nicht gelungen, ihr Modell der "Bürgerversicherung" durchzusetzen. Mit ihr wären alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen worden. Allenfalls die zum Zeitpunkt der Umstellung bereits privat Versicherten hätten mit Vertrauensschutz rechnen können. Den PKV-Unternehmen wäre so die Gelegenheit gegeben worden, deren Tarife geordnet abzuwickeln.

Gleichwohl wurden der PKV zahlreiche Verpflichtungen auferlegt, durch die sie spürbar "sozialer" und der GKV ähnlicher wurde. Hier ist insbesondere der Basistarif zu nennen. Es handelt sich um einen Auffangtarif für ehemals privat versicherte Personen ohne Versicherungsschutz, ältere Versicherte oder andere Versicherte, die sich ihren risikobezogenen Vollversicherungsschutz nicht mehr leisten können. Insbesondere bis zum 30. Juni 2009 stehen die

Tore zu diesem Tarif weit offen (siehe *Ausgabe 1/2009 der ULA-Nachrichten*).

Das Problem aus Sicht der PKV: Der Basistarif ist kaum kostendeckend zu betreiben. Es dürfen nur Beiträge bis zur Höhe des Höchstbeitrags zur GKV erhoben werden, rund 570 Euro pro Monat. Gleichzeitig konzentrieren sich in ihm "schlechte Risiken", also Versicherte, die gesundheitlich angeschlagen sind.

Ebenfalls im Zuge der letzten Reform wurde der Wechsel zur PKV erschwert. Seither tritt Versicherungsfreiheit in der GKV erst ein, wenn das beitragspflichtige Einkommen eines Arbeitnehmers in drei aufeinanderfolgenden Jahren die Versicherungspflichtgrenze überschreitet. Zuvor geschah dies mit Ablauf des ersten Kalenderjahres, in dem die Grenze überschritten wurde.

Im gleichen Maße wie die PKV sozialer wurde, ist die GKV durch die Reform wettbewerblicher geworden - trotz der Einrichtung des Gesundheitsfonds und der Verordnung eines einheitlichen Beitragssatzes.

Insbesondere bei Zusatzversicherungen wurde der GKV ein weites Spielfeld für Angebote unterbreitet, die mitunter in direkter Konkurrenz zu Angeboten privater Anbieter stehen, etwa bei der Aufstockung von Krankenhausleistungen. Auch als Einkäufer von Leistungen, zum Beispiel bei Verträgen mit Pharmaherstellern, Hilfsmittellieferanten etc. treten die gesetzlichen Kassen sehr selbstbewusst am Markt auf. Im Ergebnis verschwimmen die klaren Grenzen zwischen GKV und PKV deutlich.

Der Trend zu einer Konvergenz der Systeme ist somit unübersehbar. Ist dies aber politisch sinnvoll und für die Versicherten nützlich?

#### *Was auf die Versicherten zukommen könnte*

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke favorisieren unverändert das Modell der Bürgerversicherung.

CDU und CSU werden sich für eine Erhaltung der privaten Krankenvollversicherung aussprechen. Im Bereich der GKV wird die im Wahlkampf 2005 unpopuläre Forderung nach einer Umstellung der Finanzierung auf Gesundheitsprämien voraussichtlich keine Rolle mehr spielen. Die aktuellen Überlegungen gehen in Richtung eines Umbaus des Gesundheitsfonds. So könnte etwa eine Begrenzung der Geldmittel im Fonds dafür sorgen, dass mehr Versicherte zusätzlich zum allgemeine Beitrag einen kassenindividuellen Zusatzbeitrag leisten. Dies würde einerseits den Wettbewerb erhöhen, andererseits hätten die Krankenkassen die Möglichkeit, den Zusatzbeitrag in Form einer pauschalen, einkommensunabhängigen Prämie zu verlangen. Auf diese Weise würden Einkommens- und Beitragshöhe zumindest teilweise entkoppelt.

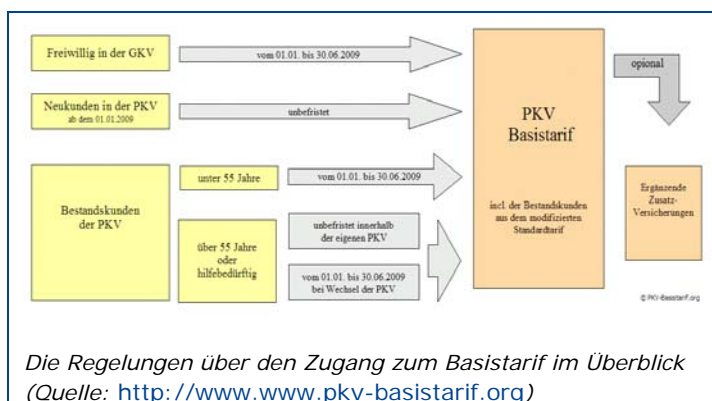
Die FDP wirbt für ein Modell, das sich mit der Formel "PKV für alle" zusammen fassen lässt. Gesetzliche Krankenkassen, die derzeit selbstverwaltete Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sollen danach privatisiert werden. Der einkommensbezogene Beitrag soll durch eine "leistungsbezogene Gesundheitsprämie" ersetzt werden. Damit sind, anders als bei dem von der Union favorisierten Einheitsbeitrag, individuell risikobezogene Beiträge für jeden Versicherten gemeint. Versicherte, die durch den Beitrag finanziell überfordert würden, sollen aus Steuermitteln Zuschüsse erhalten. Privatisierte gesetzliche Krankenkassen und private Versicherer sollen künftig verpflichtet werden, einen Katalog von Grundleistungen abzusichern. Kein Antragsteller soll abgewiesen werden dürfen (Kontrahierungszwang). Risikozuschläge unter Berufung auf einen schlechten Gesundheitszustand wären ausgeschlossen.

### Die Position des Deutschen Führungskräfteverbands

Die Vielfalt an Organisations- und Finanzierungsformen (selbstverwaltete, öffentlich-rechtliche Krankenkassen, privatrechtlich organisierte kapitalgedeckte Krankenversicherungen) erhöht die Risikostabilität des Gesamtsystems und sollte nicht ohne Not aufgegeben werden. Das historisch gewachsene gegliederte Versicherungssystem ist daher immer noch besser und muss erhalten werden.

Zwar verspricht das Modell der FDP mehr Wettbewerb und Effizienz bei gesetzlichen und privaten Versicherern. Allerdings sind die Wettbewerbsdefizite in beiden Systemen unterschiedlicher Natur und können nur schwerlich mit einer Einheitsbehandlung kuriert werden.

Im Bereich der privaten Krankenversicherung hapert es auch nach der letzten Reform an der Portabilität der Altersrückstellungen. Die Folge: Die Versicherten sind schon nach wenigen Jahren an "ihre" Versicherungsunternehmen gekettet. Außerdem schaffen es nur die wenigsten privaten Versicherungsunternehmen, eine finanzielle Überbeanspruchung zu verhindern, etwa durch die Abrechnung zu vieler, medizinisch nicht indizierter oder überteuerter Leistungen durch Ärzte und Krankenhäuser.



Die Regelungen über den Zugang zum Basistarif im Überblick (Quelle: <http://www.pkv-basistarif.org>)

Die gesetzliche Krankenversicherung muss immer noch effizienter und wirtschaftlicher werden. Mehr Wettbewerb bei den Leistungen und Angeboten an Mitglieder ist erforderlich. Die Kassen sollten sich aber stärker auf ihre Kernleistungen konzentrieren anstatt bei den privaten Krankenversicherungsunternehmen zu wildern.

Die zunehmende Konvergenz zwischen GKV und PKV gefährdet die jeweiligen Stärken beider Systeme.

Dies gilt in besonderer Weise für die GKV. Würde etwa der Europäische Gerichtshof entscheiden, dass die gesetzlichen Kassen Unternehmen im Sinne des europäischen Wettbewerbsrechts sind, hätte dies weitreichende Folgen. Ihre gesetzliche Monopolstellung, die wesentliche Voraussetzung dafür, auch Personen mit geringem Einkommen und hohen gesundheitlichen Risiken einen verlässlichen Risikoschutz anbieten zu können, wäre gefährdet.

Die PKV wiederum würde bei einer Einbeziehung in eine umlagefinanzierte Einheitsversicherung ihrer größten Stärke beraubt, des besseren Schutzes gegen die Auswirkungen der gesellschaftlichen Alterung in Form der Altersrückstellungen.

### Fehler korrigieren

Nach der Wahl sollten daher zuerst die gravierendsten Fehler der letzten Gesundheitsreform korrigiert werden.

- Die 3-Jahres-Frist für den Eintritt von Versicherungsfreiheit in der GKV sollte abgeschafft und durch die vorherige Regelung ersetzt werden.
- Der Gesundheitsfonds sollte abgeschafft und den Krankenkassen die Beitragsatzautonomie zurück gegeben werden.
- Der neue krankheitsbezogene Risikostrukturausgleich muss so überarbeitet werden, dass für Krankenkassen kein finanzieller Anreiz mehr besteht, den Versichertenbestand um kranke Versicherte anzureichern.
- Der Zugang zum Basistarif muss so restriktiv ausgestaltet werden, dass nur noch diejenigen dort versichert sind, die durch die Zahlung der Beiträge aus ihrem bisherigen Tarif nachweislich überfordert sind.

Unter dem Strich kommt der Deutsche Führungskräfteverband damit auch für das Gesundheitswesen zu ähnlichen Ergebnissen wie für den Bereich der Alterssicherung (Ausgabe 4/2009 dieses Informationsdiensts): Die Vielfalt an Organisations- und Finanzierungsformen (selbstverwaltete, öffentlich-rechtliche Krankenkassen, privatrechtlich organisierte kapitalgedeckte Krankenversicherungen) erhöht die Risikostabilität des Gesamtsystems und sollte nicht ohne Not aufgegeben werden.

## □ Arbeitsmarkt

### Vorschlag für eine arbeitsmarktpolitische Flankierung der Konjunkturpakete

*Thesenpapier des Deutschen Führungskräfteverbands - ULA veröffentlicht*

In Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist vor allem die produzierende Wirtschaft von einem massiven Auftragsrückgang betroffen.

Die bisherigen Schritte der Bundesregierung haben mit dazu beigetragen, den Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu dämpfen. Auf Grund der weltweit weiter anhaltenden Unsicherheit über den Zeitpunkt einer wirtschaftlichen Erholung sind jetzt neue Antworten erforderlich, um einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in der zweiten Jahreshälfte zu verhindern.

Der Deutsche Führungskräfteverband hat zu dieser Frage ein Papier mit Vorschlägen veröffentlicht, das nachfolgend auszugsweise wiedergegeben wird.

#### *1) Verlängerung des Bezugsrahmens für das Kurzarbeitergeld*

Der Deutsche Führungskräfteverband begrüßt, dass sich die Bundesregierung kurzfristig entschlossen hat, per Rechtsverordnung den maximalen Bezugsrahmen für das Kurzarbeitergeld von 18 auf 24 Monate auszudehnen. (...)

#### *2) Altersteilzeit weiterhin nutzen*

Das Altersteilzeitgesetz wird gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise und auch nach dem bevorstehenden Auslaufen der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit als personal- und arbeitsmarktpolitisches Instrument benötigt. Künftig muss aber sichergestellt werden, dass neben dem Blockmodell auch eine "echte" Altersteilzeit, also das Ausgleiten aus dem Beruf durch eine Verringerung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit zu einer realistischen Möglichkeit für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Führungskräfte, wird.

#### *3) Flexibilisierung des Rentenzugangs*

Als Antwort auf die gewachsenen Risiken einer Lücke zwischen dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und einer auf 67 ansteigenden Regelaltersgrenze sollte die

Hinzuverdienstgrenzen für die Bezieher vorgezogener Altersrenten ersatzlos entfallen. Eine vorgezogene Altersrente mit vollen Abschlägen sollte demgegenüber insbesondere für langjährig Versicherte bereits ab dem 62. Lebensjahr möglich sein.

Im Rahmen eines umfassenderen Maßnahmenbündels könnte eine solche Rechtsänderung mit dazu beitragen, die

Freiheitsgrade älterer Arbeitnehmer beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente zu erhöhen. Die Folgen eines Verlusts des Vollzeit Arbeitsplatzes würden gemindert, der Beschäftigungsdruck in diesem Arbeitsmarktsegment insgesamt verringert.

#### *4) Neue Staffelung der Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I bei unter 50-jährigen*

Arbeitslose sollen, bei ausreichend langer Vorbeschäftigungsdauer, bereits ab Vollendung des 45. statt wie derzeit des 50. Lebensjahres Anspruch auf 15 Monate Arbeitslosengeld I erhalten.

Diese punktuelle Verlängerung sollte in Erwartung einer mittleren Dauer der verschärften Arbeitsmarktlage auf zwei Jahre befristet werden.

Da die Arbeitslosenversicherung vorwiegend eine risikobezogene Versicherung ist, sind altersbezogene Staffelungen der Bezugszeit zwar insoweit problematisch, wie sie (unzutreffenderweise) nahe legen, dass die Versicherung einen "Ansparvorgang" abbildet. Gerade unter Risikogesichtspunkten ist jedoch davon auszugehen, dass auch Arbeitnehmer mittleren Alters, die von Arbeitslosigkeit betroffen sein werden, unter den gegebenen Umständen sich auf eine wesentlich längere Dauer der Suche nach einem neuen, angemessenen Arbeitsplatz einstellen müssen. (...)

#### *5) Transfergesellschaften besser ausstatten?*

Das Transfer-Kurzarbeitergeld an Arbeitnehmer in Transfergesellschaften könnte aufgestockt bzw. der Eigenanteil des Arbeitgebers abgesenkt werden. (...)

Der Vorrang bei Führungskräften gebührt jedoch vorrangig individuellen Angeboten für ein vom Arbeitgeber ganz oder teilweise finanziertes Out- bzw. Newplacement.

#### *6) Erhöhung der Schonvermögen im Rahmen der Beantragung von Arbeitslosengeld II*

Der Deutsche Führungskräfteverband spricht sich dafür aus, das Schonvermögen im Rahmen der Beantragung von Arbeitslosengeld II (für allgemeines Vermögen derzeit: 150 Euro pro Lebensjahr, maximal 9.750 Euro; für wirtschaftlich verwertbares Altersvorsorgevermögen derzeit: 250 Euro pro Lebensjahr, maximal 16.250 Euro) deutlich zu erhöhen. (...)

Von einer Anhebung würde ein beruhigendes Signal an die gesellschaftliche Mittelschicht ausgehen und die weit verbreitete Kritik teilweise entkräften, dass die Hartz-IV-Gesetzgebung langjährige private Vorsorge- und Sparbemühungen nicht ausreichend honoriere.

Die vollständige Fassung des Papiers wurde unter <http://www.ula.de> veröffentlicht.

## □ Intern

### Frühlingsfest des Deutschen

#### Führungskräfteverbandes

„Ein Märchen aus 1000 und einer Nacht“ erleben: Das diesjährige Motto des traditionellen Frühlingsfestes des Deutschen Führungskräfteverbandes am 12. Mai versprach viel. Über 300 Gäste aus Politik, Medien und Wirtschaft folgten der Einladung in die Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate. Unter ihnen waren Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien. Dazu gehörten FDP-Generalsekretär Dirk Niebel und Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

Botschafter Mohammed Ahmed Al-Mahmood und Dr. Joachim Betz, Präsident des Deutschen Führungskräfteverbandes, hoben in ihren Begrüßungsworten die tiefe Verbundenheit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Deutschland hervor. Gleichzeitig begrüßten sie die Gelegenheit, einander noch besser kennen zu lernen.

Als Präsident des größten Zusammenschlusses von Führungskräften in Deutschland ging Betz zudem auf die zentrale Rolle der Führungskräfte in der aktuellen Wirtschaftslage ein: „Wir alle spüren schmerzlich die Auswirkungen der momentanen Krise. Aber lassen sie uns bitte nicht vergessen: Es ist an uns, den Managern, Führungsstärke zu beweisen, Vorbilder für Integrität zu sein und unermüdlich am wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu arbeiten.“

Die Erwartungen der Gäste wurden nicht enttäuscht. Das Botschaftsgebäude war die richtige Bühne, um sich an diesem zwanglosen Abend in die Welt des Orients entführen zu lassen: Palmen, glitzernde Kronleuchter und ein riesiger

weicher Teppich in leuchtenden Farben schufen das richtige Ambiente. Die stimmungsvolle Musik und eine große Auswahl orientalischer Speisen rundeten das Bild ab.

Wie immer beim Frühlingsfest waren auch dieses Jahr wieder viele Kinder mit von der Partie. Sie wurden vom Team der Gummibärchencrew bestens betreut, das mit Spielen und orientalischen Kostümen den Abend auch für die jungen Gäste zu einem unvergesslichen Erlebnis machte.

Eine umfangreiche Fotostrecke zum Frühlingsfest finden Sie auf <http://www.ula.de>

#### Impressum

*kurz und bündig ist ein Informationsdienst des Deutschen Führungskräfteverbandes. Rund 20 Mal pro Jahr informieren wir Sie über aktuelle Entwicklungen aus den Bereichen des Arbeits-, Steuer-, Sozial und Europarechts sowie über weitere für angestellte Führungskräfte wichtige Themen.*

*Der Deutsche Führungskräfteverband vertritt die politischen Interessen der angestellten Führungskräfte in Berlin und Brüssel.*

*Seine Mitgliedsverbände bieten den Führungskräften eine individuelle berufsbegleitende Beratung rund um den Arbeitsvertrag. Sie bieten Raum für einen Zusammenschluss von Führungskräften auf regionaler und betrieblicher Ebene und gewährleisten so eine wirkungsvolle berufliche Interessenvertretung. Sie liefern ihren Mitgliedern aktuelle Informationen durch Broschüren, Merkblätter oder Newsletter und ihre Verbandszeitschriften.*

*Seminare und Kooperationen mit Anbietern von für Führungskräfte besonders interessanten Dienstleistungen mit günstigen Sonderkonditionen für Mitglieder runden das Angebot der Verbände ab.*

Die Verbände des ULA-Netzwerks im Überblick

[www.vaa.de](http://www.vaa.de) | [www.die-fuehrungskraefte.de](http://www.die-fuehrungskraefte.de) | [www.vga-koeln.de](http://www.vga-koeln.de) |

[www.vdl.de](http://www.vdl.de) | [www.kdf-online.org](http://www.kdf-online.org) | [www.vbu-ev.de](http://www.vbu-ev.de)

Herausgeber *Deutscher Führungskräfteverband - ULA*

*Kaiserdamm 31 | 14057 Berlin*

*Telefon 030.30 69 63-0 | Fax 030.30 69 63-13*

*E-Mail [info@ula.de](mailto:info@ula.de) | [www.ula.de](http://www.ula.de)*

Redaktion *Andreas Zimmermann, Christoph Janik*

Verantwortlich *Kay Uwe Berg*

Gestaltungskonzept *Nolte | Kommunikation*